

ARGUMENTARIUM

**NEIN zum Versorgungschaos:
Die 10-Millionen-Schweiz-Initiative gefährdet
unsere Gesundheitsversorgung**

VERSORGUNGS-CHAOS

NEIN

14. JUNI

NEIN zum Versorgungschaos: Die 10-Millionen-Schweiz-Initiative gefährdet unsere Gesundheitsversorgung

Die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» führt ins Versorgungschaos. Die Schweizer Spitäler und Pflegedienste wollen die Bevölkerung weiterhin in optimaler Art und Weise versorgen. Darum lehnen sie diese gefährliche Initiative ab. Die Schweizer Bevölkerung altert, die geburtenstarken Jahrgänge treten in den Ruhestand. Dadurch verkleinert sich die inländische Erwerbsbevölkerung, während der Bedarf an Pflege und medizinischen Leistungen zunimmt. Dieses Angebot kann nur mit genügend qualifizierten Fachkräften gewährleistet werden. Ein starrer Bevölkerungsdeckel, der die Zuwanderung einschränkt, verschärft den Personal-mangel und führt zu einer riskanten Versorgungslücke.

Worum geht es bei der Initiative?

Die Initiative begrenzt die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz auf zehn Millionen Menschen. Wird dieser Grenzwert überschritten, muss das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der Europäischen Union gekündigt werden.

Mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit fallen aufgrund der Guillotine-Klausel automatisch auch die übrigen Abkommen der Bilateralen I weg.

Für das Gesundheitswesen hat dies unmittelbare Folgen. Es ist auf die unbürokratische Rekrutierung von qualifizierten Fachkräften aus dem EU- und EFTA-Raum angewiesen. Eine starre Begrenzung der Zuwanderung führt zur Reduktion von Gesundheitsleistungen und zu Versorgungslücken.



Starre Grenze führt zu Versorgungslücken

1. Ein Bevölkerungsdeckel führt zu Versorgungslücken

Die Schweizer Bevölkerung altert. Die geburtenstarken Jahrgänge treten in den Ruhestand. Dadurch verkleinert sich die inländische Erwerbsbevölkerung. Gleichzeitig steigt der Bedarf an Pflege und medizinischen Leistungen.

Dieses Angebot kann nur durch genügend qualifizierte Arbeitskräfte gewährleistet werden. Wird die Rekrutierung aus dem EU- und EFTA-Raum eingeschränkt, können Spitäler, Pflegeheime, Praxen und Spitex-Organisationen ihren Leistungsauftrag nicht mehr vollständig erfüllen. Gesundheitsleistungen werden reduziert, Versorgungslücken entstehen.

2. Längere Wartezeiten für Patientinnen und Patienten

Fehlendes Personal bedeutet längere Wartezeiten. Stationen in Spitälern, ambulante Praxen, Pflegeheime und Spitex-Dienste müssen ohne genügend Personal Öffnungszeiten beschränken oder schliessen.

Lange Wartezeiten nehmen in allen Gesundheitsbereichen zu. Besonders betroffen sind Notfallversorgung, stationäre und ambulante Behandlungen sowie therapeutische Leistungen und Diagnostik.

3. Schlechtere Versorgungsqualität und höhere Sterblichkeit

Fehlen qualifizierte Ärztinnen, Ärzte, Pflegefachkräfte sowie Therapeutinnen und Therapeuten, steigt die Belastung des bestehenden Personals deutlich. Das wirkt sich direkt auf Versorgungsqualität und Patientensicherheit aus.

Wissenschaftliche Studien zeigen den Zusammenhang klar. Nach dem Rückgang qualifizierter EU-Pflegekräfte in Grossbritannien stieg die Sterblichkeit in betroffenen Spitälern signifikant an. Allein in England führte dies zu rund 1'485 zusätzlichen Todesfällen pro Jahr.

Auch eine Untersuchung im süddeutschen Grenzraum belegt, dass ein deutlicher Rückgang an Pflegepersonal mit einer höheren Sterbewahrscheinlichkeit einhergeht, insbesondere bei Notfällen.

4. Höhere Kosten für die Prämienzahlenden

Mit dem Wegfall der Personenfreizügigkeit kehrt die Schweiz zu Kontingenten und aufwändigen Bewilligungsverfahren zurück. Leistungserbringer müssten in administrativen Verfahren nachweisen, dass sie im Inland kein geeignetes Personal finden. Das verzögert Anstellungen und verschärft den Wettbewerb um Fachkräfte zusätzlich.

Ohne unbürokratischen Zugang zum EU- und EFTA-Arbeitsmarkt müssen Spitäler, Praxen, Pflegeheime und Spitex vermehrt auf teure Vermittlungen oder Temporarkrafte ausweichen. Die Kosten für Personalgewinnung und Personalhaltung steigen. Diese Kosten treiben die Prämien weiter in die Höhe.

5. Grenzregionen besonders gefährdet

In Kantonen wie Genf, Waadt, Basel oder Tessin ist das Gesundheitswesen stark auf ausländisches Personal angewiesen. Ein grosser Teil der Ärztinnen, Ärzte und Pflegefachpersonen stammt aus dem EU- und EFTA-Raum. Viele arbeiten als Grenzgängerinnen und Grenzgänger.

Würde die Personenfreizügigkeit wegfallen, würden Grenzgangerbewilligungen wieder kontingentiert und bürokratisch erschwert. Fallen grosse Teile dieser Fachkräfte weg, drohen akute Versorgungsengpässe. Ohne dieses Personal wäre das System nicht funktionsfähig.

Weitere Folgen für das Gesundheitswesen

Mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit fallen auch die übrigen Abkommen der Bilateralen I weg. Das hat zusätzliche Auswirkungen.

Medizintechnik-Produkte und Importe müssten doppelt zertifiziert werden. Das führt zu zusätzlichem Zeit- und Kostenaufwand und verteuert lebenswichtige medizinische Güter.

Da die Schweiz bei Medikamenten und deren Rohstoffen stark auf Importe angewiesen ist, drohen Versorgungsengpässe. Auch die medizinische Forschung wäre betroffen. Der Zugang zu europäischen Programmen würde erschwert und der Forschungsstandort geschwächt.

Wichtige Zahlen

- Über 70 Prozent der neu rekrutierten Ärztinnen und Ärzte in der Schweiz stammen aus dem Ausland.
- Fast 40 Prozent des Personals am Universitätsspital Basel stammt aus dem EU-Raum.
- Rund 30 Prozent der Beschäftigten im Tessiner Gesundheitswesen sind Grenzgängerinnen und Grenzgänger.
- Über 50 Prozent des Pflegepersonals in den Spitälern der Genferseeregion verfügen über ein ausländisches Diplom.
- Rund 1'485 zusätzliche Todesfälle pro Jahr gab es in England nach dem Rückgang qualifizierter EU-Pflegekräfte.
- 11,6 Prozent höhere Sterblichkeit bei Notfällen wurde in Regionen mit starkem Personalruckgang gemessen.

Fazit

Die 10-Millionen-Schweiz-Initiative führt zu einer starren Begrenzung der Zuwanderung von Arbeitskräften. Das verschärft den Personalmangel im Gesundheitswesen, verlängert Wartezeiten und gefährdet die Versorgungssicherheit. Die Schweiz braucht stabile Rahmenbedingungen und genügend qualifizierte Fachkräfte, damit Spitäler, Pflegeheime, Praxen und Spitex ihren Leistungsauftrag erfüllen können.

NEIN zum Versorgungsschaos am 14. Juni 2026.

